

---

## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiative SDP

Am 7. Oktober 1989 gründete sich die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Schon im Vorfeld stellte die Stasi Überlegungen an, wie dagegen vorgegangen werden könnte.

Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gründete sich am 7. Oktober 1989 in Schwante bei Berlin. Das inhaltliche Fundament dafür hatten zum größten Teil die beiden Theologen Martin Gutzeit und Markus Meckel geschaffen. Ihr erster Gründungsauftrag (in der Anlage dieser rechtlichen Einschätzung) wurde am 26. August 1989 in Berlin vorgestellt. Nach dem Ende der DDR stellte sich heraus, dass der Mitbegründer Ibrahim Böhme die Partei im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit ausspionierte hatte.

Anhand einiger Papiere der SDP erörterte die Stasi in der vorliegenden rechtlichen Einschätzung Möglichkeiten, wie gegen die Initiative SDP beziehungsweise gegen eine Gründung der SDP in der DDR strafrechtlich vorgegangen werden könnte. In der Anlage zu diesem Papier befinden sich folgende SDP-Dokumente:

Zum Aufruf der Initiative SDP " Sozialdemokratische Partei in der DDR", 12. September 1989  
An alle Bürgerinnen und Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik (Anmeldung der Gründung der SDP), 7. Oktober 1989  
Vorlage zur Bildung einer Initiative SDP mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei zu gründen, 24. Juli 1989

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX, AKG, Nr. 223, Bd. 10, Bl. 1-9

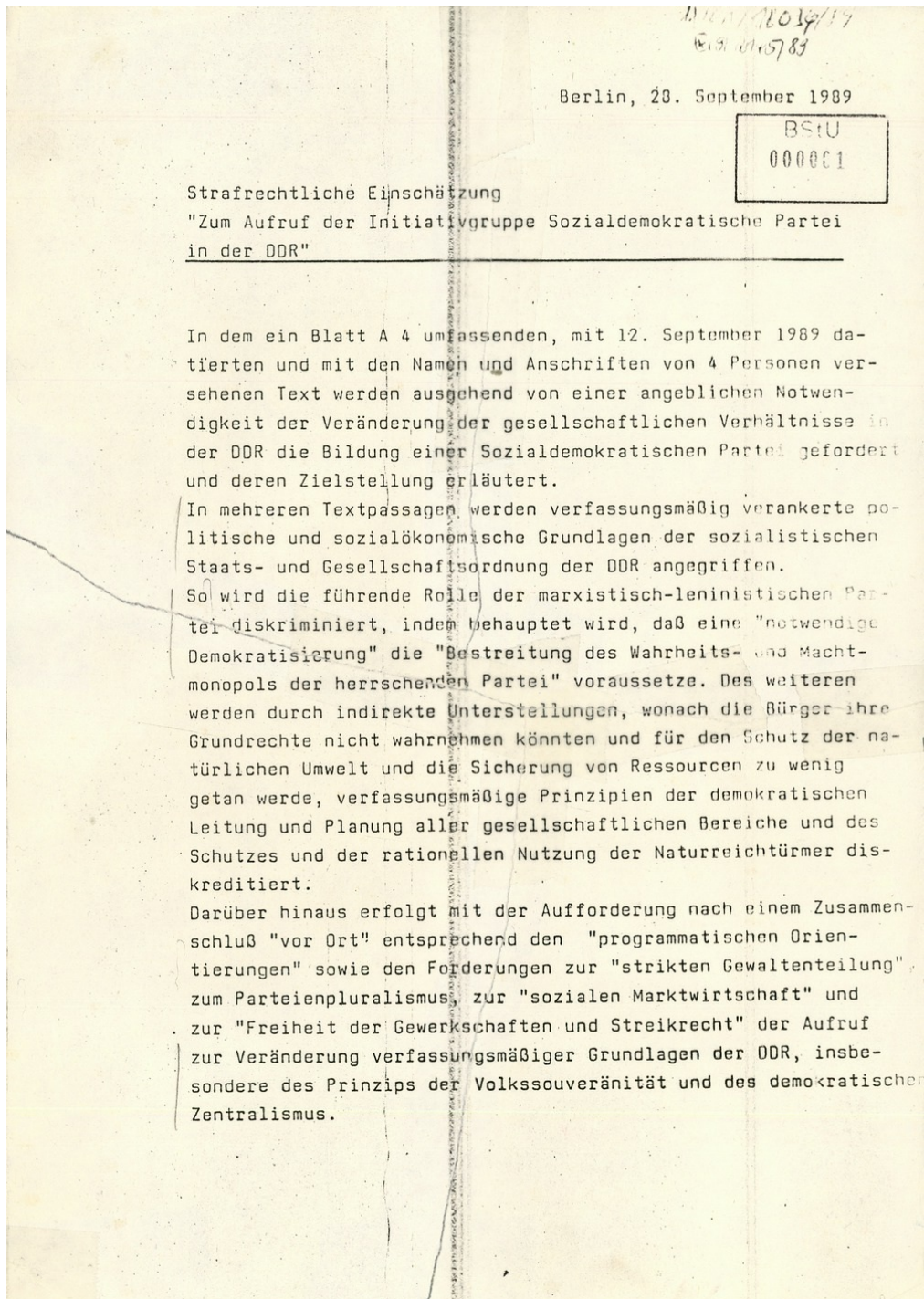
---

### Metadaten

Datum: 28.9.1989

Zustand: Manuelle Rekonstruktion,  
Mechanische Schäden

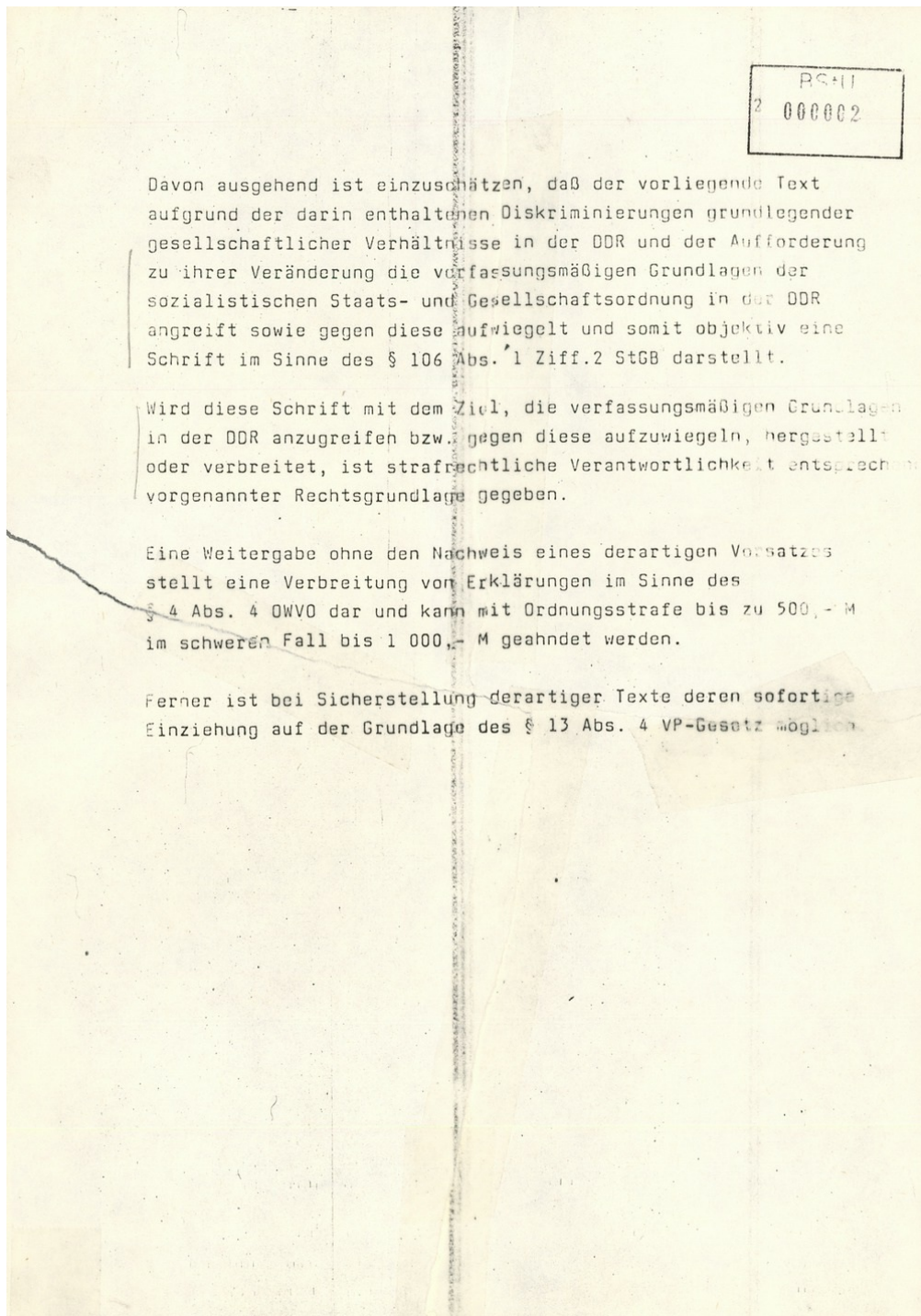
## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP



Signatur: BArch, MfS, HA XX, AKG, Nr. 223, Bd. 10, Bl. 1-9

Blatt 1

## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP





## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiative SDP

BS+U  
000003

Zum Aufruf  
der Initiativegruppe  
"Sozialdemokratische Partei in der DDR"

So kann es nicht weitergehen?  
Viele warten darauf, daß sich etwas ändert.  
Das aber reicht nicht aus!  
Wir wollen das unsere tun.

Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung. Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand unseres Landes und seines künftigen Weges. Das bedarf programmatischer Bemühungen und solcher Bürger, die die dafür notwendige Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen wollen.  
Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unsere Gesellschaft die Bildung einer s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n P a r t e i für wichtig.

Unser Ziel:  
eine ökologisch orientierte soziale Demokratie

Das erfordert die klare Trennung von Staat und Gesellschaft und

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.

Wir fordern alle, die den nachfolgenden unverzichtbaren programmatischen Orientierungen zustimmen, auf, sich vor Ort zusammenzuschließen.

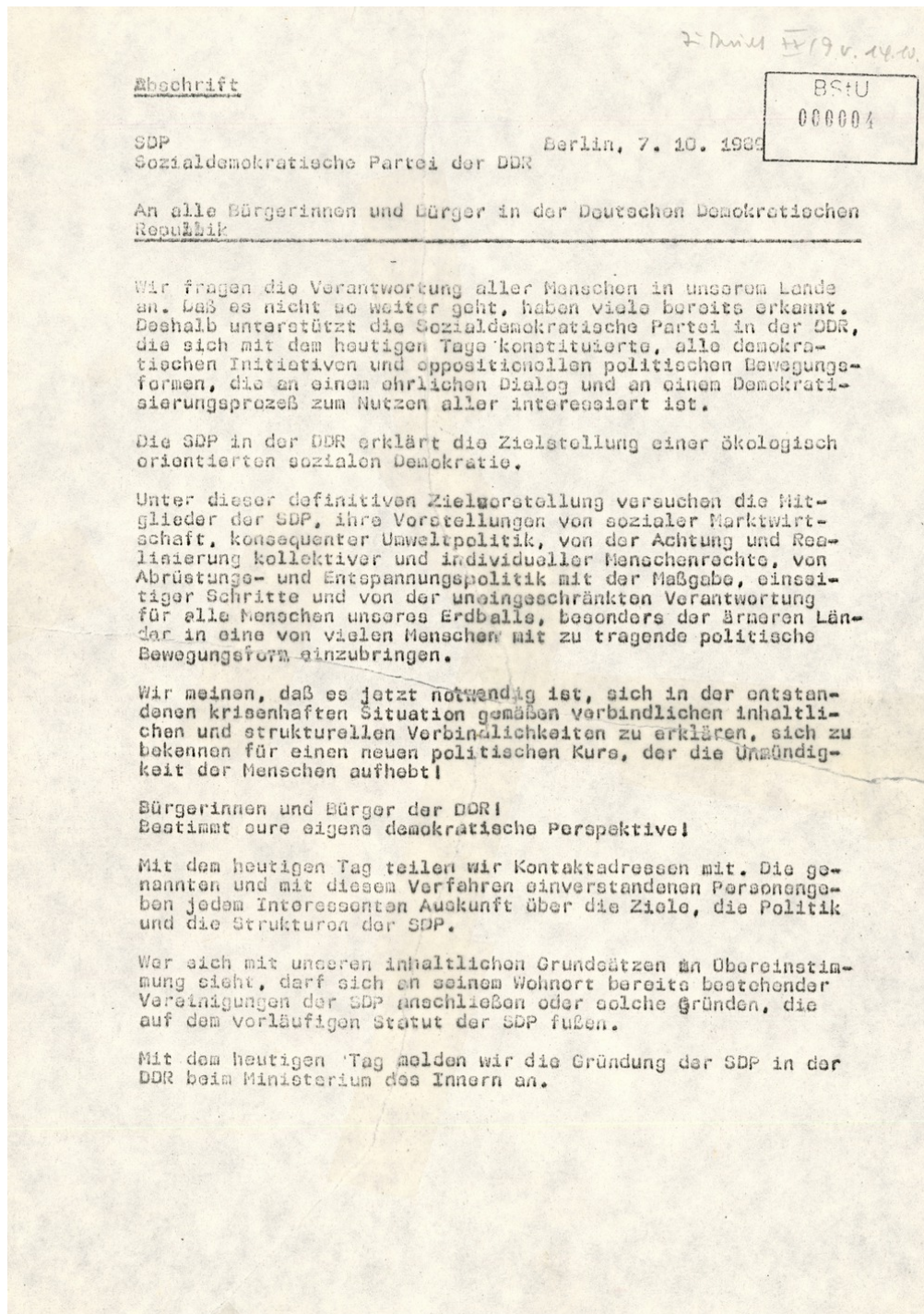
- + Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung
- + parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität
- + relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell),
- + soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
- + Demokratisierung der Strukturen des Wirtschaftslebens
- + Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht

Wir suchen mit allen, die sich zu diesen Grundprinzipien zusammenfinden, solidarische und verbindliche Organisationsformen.  
wer sich mit uns nicht in Übereinstimmung sieht, erkläre sich und bestimme seine eigene demokratische Perspektive.  
Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.

Martin Gutzeit Dreite Straße 20 Marwitz 1421	Markus Meckel W.-Rathenau-Str. 19 a Niederndodeleben 3107
Arndt Roack Karl-Marx-Platz 15 Greifswald 2200	Ibrahim Böhme Chodowichstr. 41 Berlin 1058

12. September 1989

## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP

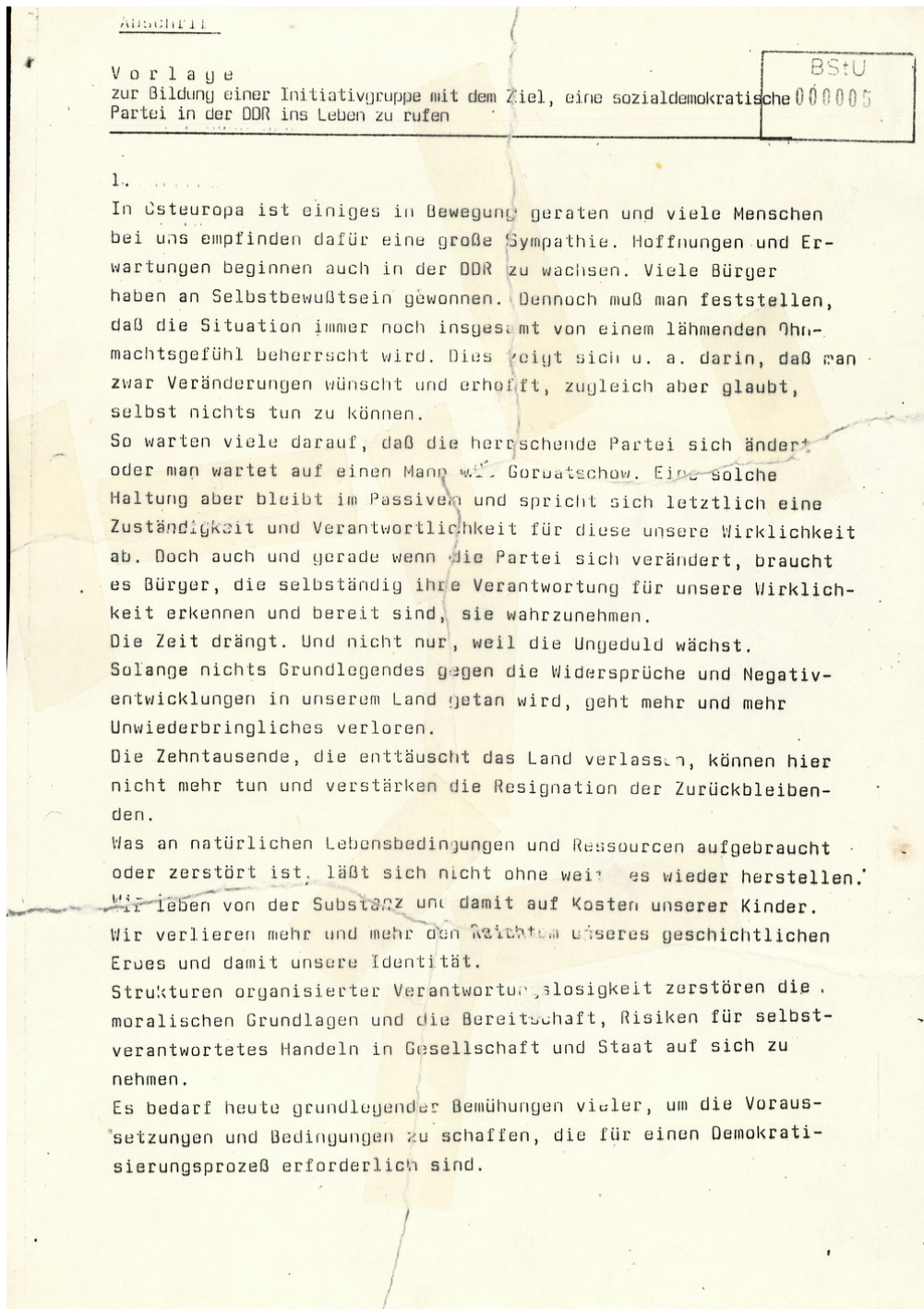


Signatur: BArch, MfS, HA XX, AKG, Nr. 223, Bd. 10, Bl. 1-9

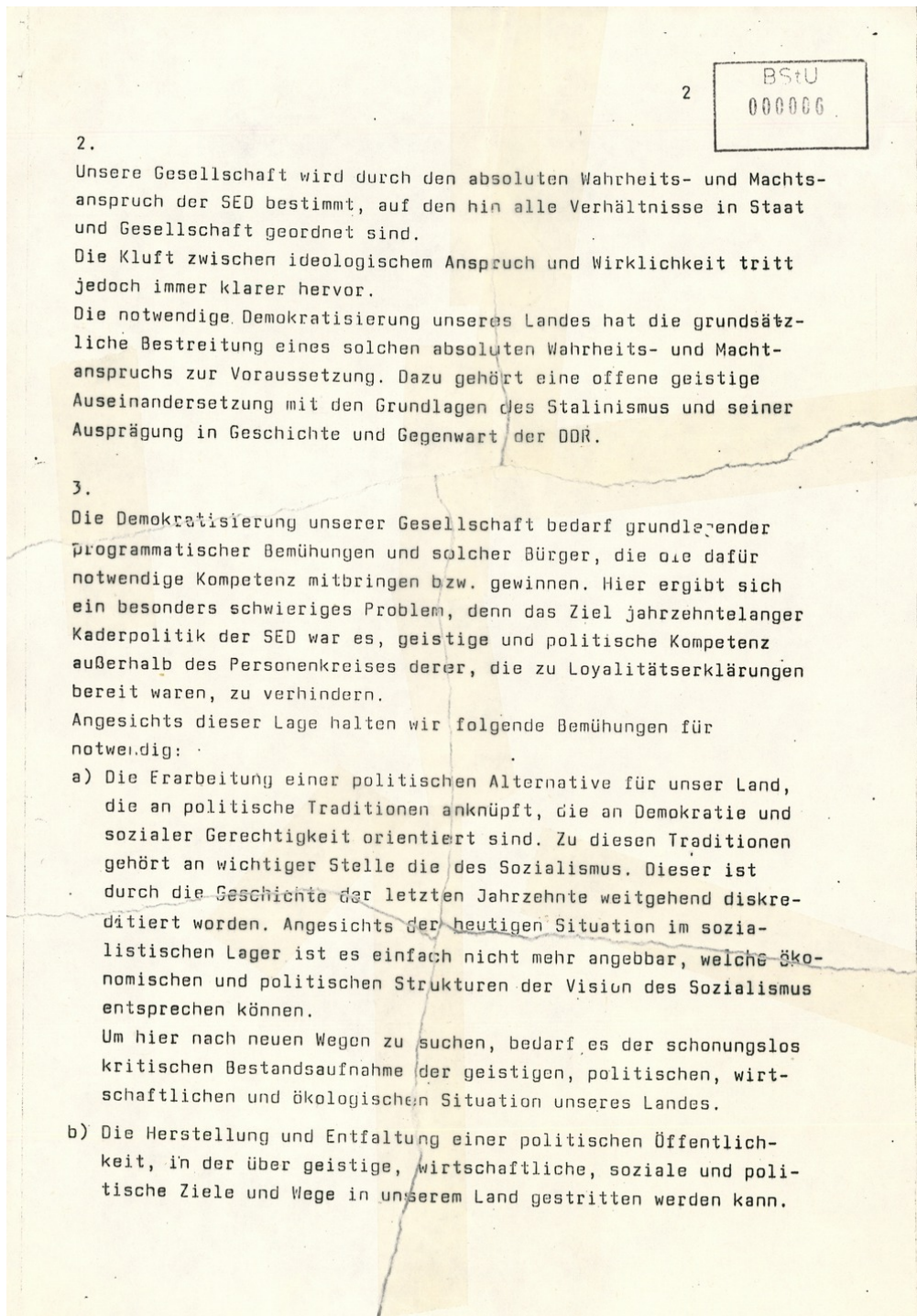
Blatt 4



## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiative SDP

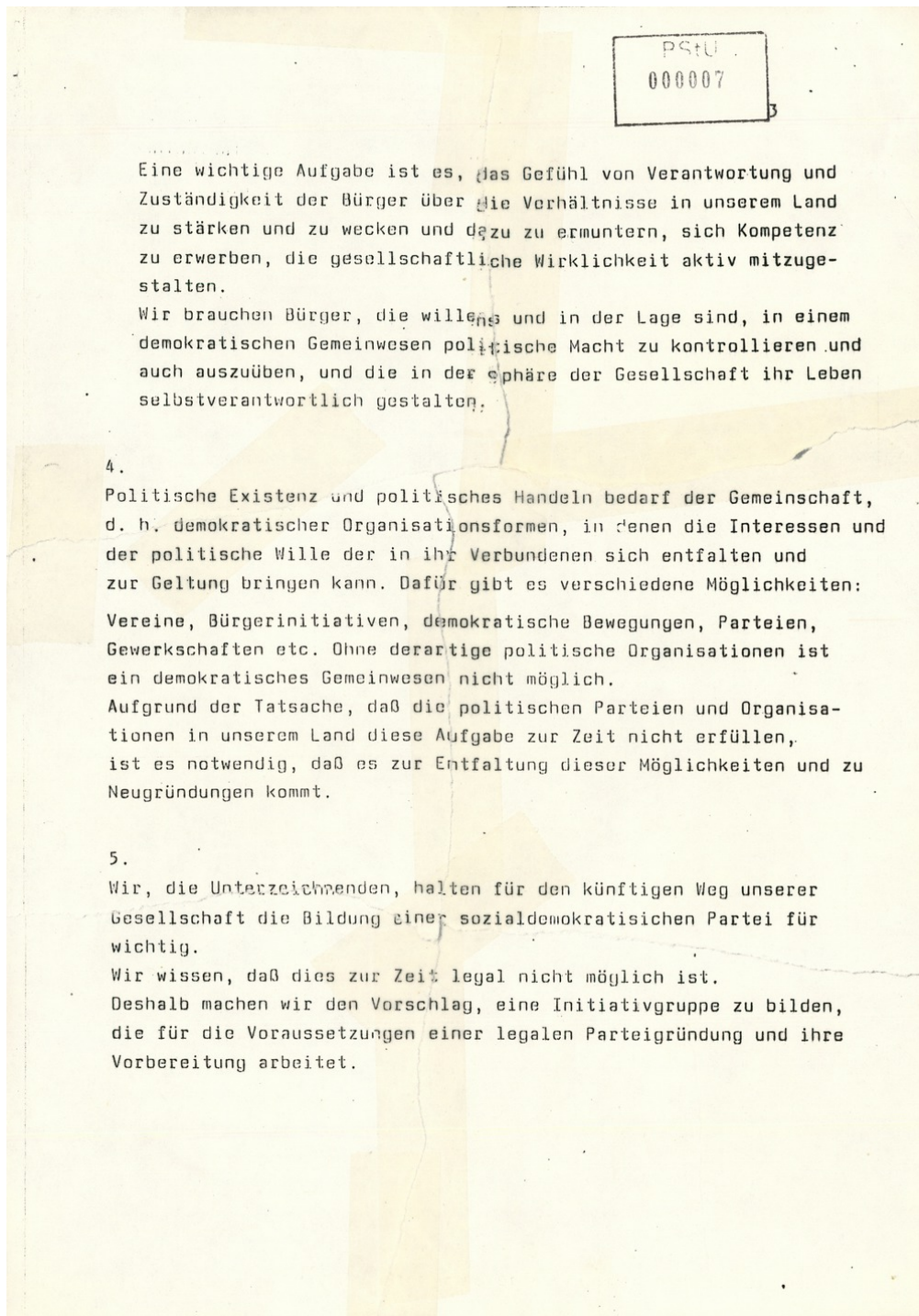


## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP



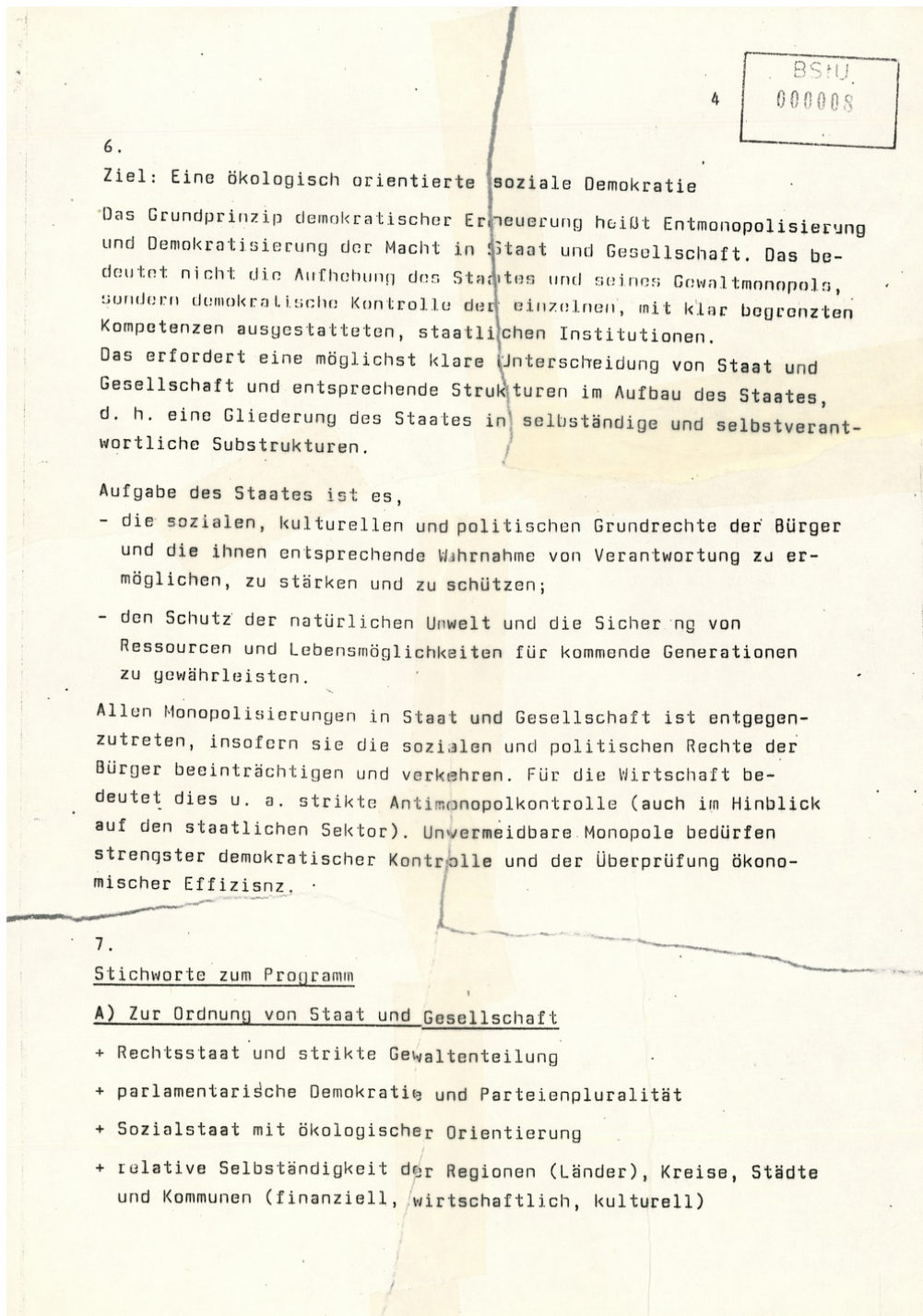


## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP





## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP



## Strafrechtliche Einschätzung zum Aufruf der Initiativegruppe SDP

BSU  
000009  
5

- + soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
- + Demokratisierung der Struktur des Wirtschaftslebens u. a. durch betriebliche Mitbestimmung
- + Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft)
- + Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht
- + strikte Religions- und Gewissensfreiheit
- + Gleichberechtigung und Förderung von Frauen
- + Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen
- + freie Presse und Zugang zu den elektronischen Medien für alle demokratischen Organisationen
- + Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge.

## B) Zur Außenpolitik

- + Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit
- + besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung
- + Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebietes der DDR
- + Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sind
- + erweiterter und gerechter Handel mit am wenigsten entwickelten Ländern, orientiert an deren Bedürfnissen
- + Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten

Niederndodeleben, den 24.7.1989

Martin Gutzeit

Markus Meckel